Selbstverständlich barrierefrei

Mit Rüdiger Karl, Vorsitzender des Ausschusses Barrierefreies Bauen, sprach Peter Neideck

Die DIN 18040 regelt verbindlich das barrierefreie Bauen. Wozu dann ein Ausschuss?

Karl: Richtig, die Norm schreibt die Regeln für barrierefreies Bauen verpflichtend vor. Allerdings gilt sie nur für Neubauten. Bei Umbau und Modernisierung im Bestand ist sie sinngemäß anzuwenden und lässt dem Planer durch die Formulierung von Schutzzielen Spielräume für Alternativen. Um die ausschöpfen zu können, braucht es Erfahrung, die nicht jeder Kollege oder Kollegin mitbringt.

Im Laufe der Jahre ist die 1976 geschaffene Norm außerdem immer umfangreicher und komplexer geworden. Ein gutes Zeichen dafür, dass die Barrierefreiheit zunehmend ernster genommen wird und heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Aber auch eine Herausforderung für uns Architekten, gerade bei größeren Bauvorhaben alle Vorgaben einzuhalten.

Der Ausschuss ist also gefragt?

Karl: Auf jeden Fall! Eine Fülle von Vorschriften macht das Bauen ohnehin schon kompliziert genug.

Wir beraten Kolleginnen und Kollegen, Betroffene, Institutionen und sogar die Landesregierung. Darüber hinaus sehen wir es als unsere Aufgabe, die Aufmerksamkeit für barrierefreies Planen und Bauen zu erhöhen und den Inklusionsgedanken in unserer Baukultur zu verankern. Das beginnt idealerweise in den Hochschulen. So arbeiten wir mit der BTU Cottbus Senftenberg zusammen, wo wir u. a. einen Wettbewerb zu neuen Wohnformen im Alter begleiteten. Die Unterstützung in der Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen gehört selbstverständlich auch dazu.

Können Sie Beispiele aus der Beratungspraxis nennen?

Karl: Beim Bauen im Bestand sind die Konflikte mit den Anforderungen von Brandschutz und Denkmalschutz an der Tagesordnung. Da helfen keine normativen Standards. Vielmehr müssen individuelle Lösungen gefunden werden, mit denen alle Beteiligten leben können.

Auch im städtebaulichen Maßstab sind wir gefragt. So wurden wir von der AG Städte mit historischen Stadtkernen angesprochen, Unterstützung bei der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu geben. Punktuelle Maßnahmen sind hierbei fehl am Platz. Für jede Kommune muss ein schlüssiges Gesamtkonzepte entwickelt werden, das sich zudem unauffällig in das Stadtbild einfügt. Die selbstverständliche Integration der Barrierefreiheit ist im Sinne der Baukultur. Aber auch der Rollstuhlfahrer freut sich, wenn er keine Sonderlösungen benutzen muss. Von der barrierefreien Stadt profitieren nicht nur Behinderte, Kinder, Eltern mit Kinderwagen und eine zunehmende Zahl immer älterer Menschen. Für alle Bürgerinnen und Bürger bedeutet Barrierefreiheit ein Gewinn an Lebensqualität, weswegen die Kommunen das Thema Inklusion für sich entdecken. Sich der "Erklärung von Barcelona" anzuschließen, ist für die Städte zum Standortvorteil geworden.

Welche Aufgabe war für den Ausschuss bisher besonders bemerkenswert?

Karl: Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) hatte festgestellt, dass viele Arztpraxen für ihre Patienten nicht barrierefrei eingerichtet sind. Ausgehend von einem Vortrag konnten wir gemeinsam mit der KVBB, den beteiligten Ministerien und dem Landesbehindertenbeauftragten Lösungsvorschläge erarbeiten. Die Ernsthaftigkeit der



Rüdiger Karl ist seit 2012 Vorsitzender des Ausschusses Barrierefreies Bauen. Er betreibt ein Architektur- und Sachverständigenbüro in Schönewalde. Das Thema Barrierefreiheit beschäftigt ihn, seitdem ihn die Kreisstadt Herzberg in einen Arbeitskreis Senioren berief.

Auseinandersetzung und das Zusammenwirken auf Augenhöhe waren positive Erfahrungen. Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, wird Barrierefreiheit ein selbstverständlicher Bestandteil guter Architektur und Stadtplanung. Wir müssen nur weiter für das Thema sensibilisieren.

"Wer nicht ständig mit dem Thema Barrierefreiheit konfrontiert ist, verliert schnell den Überblick. Der Ausschuss Barrierefreies Bauen versteht sich als Beratungsstelle, die immer up to date ist. Sämtliche Ausschussmitglieder sind qualifizierte Sachverständige, die gleichmäßig über Brandenburg verteilt sind. Ratsuchende finden also in jeder Region einen Ansprechpartner."

20 DAB 05:18